

Die neun getöteten Kinder von Frankfurt/Oder und Minister Schönbohms Erklärungsangebote

Christian Pfeiffer

In der ersten Augustwoche haben die Thesen von Herrn Minister Schönbohm zur Tötung von neun Kindern durch ihre Mutter eine bundesweite Debatte ausgelöst. Mein Hinweis darauf, dass sich hinter dem Einzelfall das generelle Problem eines in Ostdeutschland erheblich höheren Tötungsrisikos von kleinen Kindern verbirgt, ist von vielen als eine pauschale Unterstützung von Herrn Schönbohm missverstanden worden. Deshalb will ich nachfolgend meine Position zu diesem Fall noch einmal verdeutlichen.

1. In einer Fernsehdiskussion des RBB vom 3. August habe ich gegenüber Herrn Schönbohm deutlich gemacht, wie ich seine Äußerungen bewerte. Ich sehe sie als eine sehr emotional geprägte Stellungnahme, in der er primär seine starke persönliche Betroffenheit über das Geschehen zum Ausdruck gebracht hat. Wie er selber inzwischen eingeräumt hat, lässt sich der Einzelfall von Frankfurt/Oder nicht mit einer einseitigen Schuldzuweisung an Staat und Gesellschaft der DDR ausreichend beantworten.
2. Den Fall von Frankfurt/Oder habe ich zum Anlass genommen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf einen Fragenkomplex zu lenken, zu dem es bisher meines Wissens keine empirischen Untersuchungen gibt:

Warum liegt die Rate der vollendeten Totschlagsfälle an kleinen Kindern (0 - unter sechs Jahre) in den neuen Bundesländern im Durchschnitt der 10 Jahre, zu denen uns Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik zur Verfügung stehen (1995 bis 2004) um knapp das Dreifache über der, der alten Bundesländer (2,9 zu 1,0 pro 100.000 unter 6-Jährige Kinder)?

Warum fallen dazu die Ost-West-Unterschiede in den ersten fünf Jahren des Untersuchungszeitraums noch größer aus als in den zweiten fünf Jahren (1995 bis einschließlich 1999 Ost: 3,4 zu West: 1,1; 2000 bis einschließlich 2004 Ost: 2,5 zu West 1,1)? (vgl. die dazu beigelegte Tabelle)

3. Zur Beantwortung dieser Fragen lassen sich mehrere Hypothesen entwickeln. Eine erste hat im Grunde Herr Schönbohm aufgestellt, wenn man den Kern seiner insgesamt verunglückten Stellungnahme betrachtet. Er hat in der erwähnten Fernsehsendung noch einmal bekräftigt, es habe in der DDR in einem Teil der Bevölkerung eine ausgeprägte Proletarisierung und soziale Verwahrlosung gegeben, die dann nach der Wende in Verbindung mit Alkohol sehr stark zur Entwicklung solcher Kindstötungen (und rechtsextremistischer Gewalttaten) beigetragen hat. Ich gebe ihm insoweit Recht, dass diese These untersucht werden sollte. Gleichzeitig habe ich mich in mehreren Interviews dafür ausgesprochen, die Gegenhypothese zu prüfen, wonach sich nach der Wende in den neuen Bundesländern der Anteil der jungen Mütter (und Väter) stark erhöht haben könnte, die wegen des Zusammenbruchs des alten Gesellschaftssystems in eine sie stark belastende soziale Randlage geraten sind, aus der heraus sich die jeweilige Tat entwickelt hat (Wegfall stützender sozialer Netzwerke und staatlicher Unterstützungsleistungen, Isolation, Arbeitslosigkeit,

steigende Zukunftsängste und dadurch geförderte Partnerschaftsprobleme). In mehreren Interviews habe ich ferner kritisiert, dass gegenwärtig viele nur das zweite Erklärungsangebot akzeptieren und die Schönbohm-These mit der moralischen Keule erschlagen wollen. Meines Erachtens sollte beide Thesen gleichrangig untersucht werden und weitere dazu, die sich im Zuge des Forschungsprozesses ergeben mögen.

4. Unabhängig davon, was sich bei einer entsprechend orientierten Untersuchung zeigen sollte, habe ich ferner vorgeschlagen, nach dem Vorbild erfolgreicher amerikanischer Projekte gezielt in den neuen Bundesländern Angebote zur Frühförderung von Müttern und Kindern aus Hoch-Risiko-Familien aufzubauen. Derartige Frühförderungsprojekte verfolgen primär das Ziel, sozial randständige Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu stärken. Mit ihnen verbindet sich aber auch die Hoffnung, dass schwangere junge Frauen, die sich in einer sie sehr belastenden sozialen Randlage befinden, durch derartige Angebote davon abgehalten werden können, eine Abtreibung vorzunehmen oder, wenn es dafür zu spät sein sollte, die Tötung ihres ungeborenen Kindes ins Auge zu fassen. In Hannover sind wir zurzeit dabei, gemeinsam mit der niedersächsischen Sozialministerin von der Leyen einen entsprechenden Modellversuch ins Leben zu rufen.